



Demographische Entwicklung und ÖPNV im Westerwaldkreis

– Teilfortschreibung des Nahverkehrsplanes für den Westerwaldkreis –

Dezember 2006

Kurzfassung

Seit Jahren zurückgehende Geburtenraten führen in Deutschland zu einer Änderung der Altersstruktur – weniger junge, mehr alte Menschen – und zu einem Rückgang der Gesamtbevölkerungszahl. Mittel- bis langfristig hat dies Auswirkungen auf unsere Gesellschaft, auf soziale Strukturen, aber auch auf Wirtschaft und Infrastruktur.

Der Westerwaldkreis ist sich dieser Tatsache bewusst und hat zum Ziel, den Auswirkungen dieser Entwicklung entgegenzusteuern, um auch in Zukunft allen Bürgern eine gute Lebensqualität im Westerwald bieten zu können. Dazu gehört der Bereich des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), der im Westerwald hauptsächlich durch den Schülerverkehr finanziert wird. Mit zurückgehenden Schülerzahlen werden sich hier in Zukunft Finanzierungsdefizite und Angebotslücken ergeben.

Im Rahmen einer Teilfortschreibung des Nahverkehrsplanes für den Westerwaldkreis wurde ein Konzept entwickelt, welches Möglichkeiten aufzeigt, auch in Zukunft – trotz sinkender Schülerzahlen – eine gute Versorgung der Bevölkerung mit öffentlichen Verkehrsmitteln bieten zu können.

Am 08.12.2006 hat der Kreistag des Westerwaldkreises in öffentlicher Sitzung auf Empfehlung des Ausschusses für Umwelt, Verkehr und Wirtschaft und des Kreis Ausschusses die Teilfortschreibung einstimmig beschlossen.

Demographische Entwicklung – Bestandsaufnahme und Prognose

Die Entwicklung der Vergangenheit zeigt, dass die Bevölkerung in Deutschland immer älter wird. Gleichzeitig nimmt die Einwohnerzahl ab. Rückgängige Geburtenraten haben dazu geführt, dass bereits heute der Anteil der jungen Bevölkerung stark reduziert ist. In Zukunft wird dies dazu führen, dass es immer mehr alte Menschen gibt, während der Anteil der jungen weiter zurückgeht. Die Gesamtbevölkerungszahl wird ab etwa 2015 – zunächst langsam – abnehmen.

Für den Westerwaldkreis wird bis 2015 noch ein Anstieg der Einwohnerzahlen erwartet. Die Schülerzahlen werden zu diesem Zeitpunkt jedoch bereits deutlich rückläufig sein.

Das ÖPNV-Netz des Westerwaldkreises orientiert sich heute an seinen Hauptkunden, den Schülern. Fahrpläne und Streckenverläufe sind dem Bedarf der Schüler angepasst. Zusätzliche Fahrten, z.B. am Vormittag oder Nachmittag, werden durch die Einnahmen aus dem Schülerverkehr mitfinanziert.

In Zukunft ist damit zu rechnen, dass die Einnahmen der Verkehrsunternehmen aus dem Schülerverkehr zurückgehen werden. Damit die Verkehrsbedienung weiterhin eigenwirtschaftlich erfolgen kann, könnten die Unternehmen gezwungen sein, ihr Angebot entsprechend anzupassen und schlimmstenfalls bis auf ein Mindestmaß für die Schülerbeförderung zurückzufahren.

Ergänzung und Aktualisierung des Maßnahmenkonzepts im Hinblick auf die demographische Entwicklung

Um das bestehende ÖPNV-Angebot weiterhin eigenwirtschaftlich aufrecht erhalten zu können, müssen die zurückgehenden Einnahmen aus dem Schülerverkehr durch andere Einnahmen ausgeglichen werden. Aus diesem Grund wird angestrebt, den ÖPNV im Westerwaldkreis auch für andere Fahrgäste attraktiver zu gestalten. Zielgruppen sind Berufspendler, Freizeitverkehre sowie Einkaufs-/Versorgungsverkehre.

Für den Erfolg der nachfolgend aufgeführten Maßnahmen ist eine Bewusstseinsänderung der Bürger unabdingbar. Dem Bürger muss klar dargestellt werden, dass mehr Eigenverantwortung für die Bestandssicherung des ÖPNV notwendig ist. Er muss hierzu – zumindest durch sein Verkehrsverhalten – auch selbst beitragen.

- **Verbesserung des Bedienungsangebots**

Die demographische Entwicklung wird auch in anderen Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge dazu führen, dass Einrichtungen zusammengelegt oder gemeinsam von verschiedenen Kommunen genutzt werden. Durch eine interkommunale Kooperation und Koordination könnten so Mittel für das Vorhalten von Infrastruktur eingespart werden. Ein Teil dieser Mittel könnte dann direkt zu einer Finanzierung von ÖPNV-Verkehren eingesetzt werden, damit die Einrichtungen, die nicht mehr direkt am Wohnort vorzufinden sind, weiterhin von allen genutzt werden können.

Die Beibehaltung oder optimalerweise die Ausweitung des ÖPNV-Angebotes kann nur bei einem realistischen Bedarf erfolgen. Eine garantierte Abnahme einer bestimmten Anzahl von Fahrkarten gibt dem Verkehrsunternehmen jedoch eine Sicherheit für Fahrgeldeinnahmen und damit die Möglichkeit, in einem gewissen Umfang zusätzliche Fahrten anzubieten. Der Westerwaldkreis wird die Kommunen, die hier ein entsprechendes Interesse zeigen, bei den Verhandlungen mit den Verkehrsunternehmen unterstützen.

Als Anreiz für die Bürger, aktiv an der Gestaltung des ÖPNV teilzunehmen und sich z.B. eine Dauerkarte zu kaufen, können die durch die Nutzung des ÖPNV bei gleichzeitiger Abschaffung eines Zweitwagens eingesparten Kosten aufgeführt werden (im Mittel ca. 350,- € pro Monat). Für ältere Bürger können von der Gemeinde auch Anreize geschaffen werden, dass bei Abgabe des Führerscheins für einen definierten Zeitraum eine Dauerkarte zur Verfügung gestellt wird.

Möglich ist auch, dass eine Gemeinde eine bestimmte Anzahl von Tickets erwirbt und diese ihren Bürgern zur Verfügung stellt (Gemeindetickets). Die Einbeziehung von örtlich ansässigen Unternehmen, die ihren Mitarbeitern Job-Tickets zur Verfügung stellen, oder eine Unterstützung durch Einzelhandelsgeschäfte, die entweder als Sponsoren für Gemeindetickets auftreten oder beispielsweise Rabatte für Fahrkarteninhaber anbieten, ist ebenfalls denkbar.

Erste Erfahrungen mit den o.g. Möglichkeiten sollen im Rahmen von sogenannten „Leuchtturm-Projekten“ gesammelt werden. Der Westerwaldkreis unterstützt Gemeinden, die mit entsprechenden Projekten ihre ÖPNV-Verbindungen verbessern wollen. Diese werden dann in den Medien als Vorzeigegemeinden besonders dargestellt.

Ergänzend oder alternativ zur Bedienung im Linienbetrieb können für die Gemeinden auch differenzierte Bedienungsangebote mit Anrufdiensten vorgesehen werden.

Langfristig kann als eine Alternative zum bestehenden traditionellen Liniennetz eine Umstrukturierung des Netzes angestrebt werden. Entlang der Haupt-Routen zwischen zentralen Orten bzw. stark nachgefragten Zielen könnten schnelle Verbindungen vorgesehen werden. Die Verteilung in die Fläche kann dann in einem nachfrageorientierten, differenzierten Bedienungsangebot erfolgen.

- **Verbesserung von Information und Service**

Informationen über das vorhandene ÖPNV-Angebot sind bereits heute für die Einwohner des Westerwaldkreises leicht zugänglich (Taschenfahrplan, zentrale ÖPNV-Auskunftsstelle, Internet-Seite der Deutschen Bahn AG). Einzelne Gemeinden stellen zusätzlich die individuellen Busverbindungen für ihre Orte in einem Gemeindefahrplan zusammen. Den anderen Gemeinden wird empfohlen zu prüfen, ob sie ihren Bürgern diesen Service bieten und ggf. in eigener Initiative einen Fahrplan zusammenstellen möchten.

- **Verbesserung der sozialen Sicherheit / Barrierefreiheit**

Haltestellen und Busse sollten den Fahrgästen im ÖPNV ein Gefühl der sozialen Sicherheit vermitteln. Hierzu gehören bei den Haltestellen übersichtliche Gestaltung und gute Einsehbarkeit, ausreichende Beleuchtung, Lage der Haltestellen möglichst in einem belebten Umfeld, gute Erreichbarkeit durch sichere Fahrbahnquerung, eine direkte, oberirdische Wegführung mit kurzen Umsteigewegen sowie die Barrierefreiheit für mobilitätseingeschränkte Personen. Diese Kriterien sind beim Neu- oder Umbau von Haltestellen zu berücksichtigen.

Des Weiteren sollte für mobilitätseingeschränkte Personen der barrierefreie Zugang zu den Fahrzeugen durch den Einsatz von Niederflurbussen auch im ländlichen Raum ermöglicht werden.

Um eine Verbesserung der Sicherheit und Ordnung in den Bussen zu erzielen, wird empfohlen, für Fahrten, die überwiegend von Schülern genutzt werden, in Zusammenarbeit mit den Schulen einen schülerbasierenden Busbegleitedienst

einzurichten. Fahrzeugbegleiterprojekte mit Jugendlichen werden mittlerweile in verschiedenen Regionen und Städten mit Erfolg durchgeführt. Vorgeschlagen wird, ältere Schüler ehrenamtlich als Busbegleiter einzusetzen.

Des Weiteren gibt es Initiativen von Unfallkassen und Verkehrsunternehmen, das richtige Verhalten der Schüler im Bus von Anfang an zu trainieren und somit die Gefahr von Unfällen während der Fahrt, beim Ein- und Aussteigen und an Haltestellen zu verringern. Das Projekt „BusSchule“ wurde bereits an vielen Schulen in Rheinland-Pfalz mit den Viert- und Fünftklässlern erfolgreich durchgeführt. Das Angebot ist für die Schulen kostenlos. Der Westerwaldkreis sollte seine Schulen darüber informieren und ihnen die Teilnahme an diesem Angebot empfehlen.

- **Verbesserung von Image und gesamtem Erscheinungsbild des ÖPNV**

Um mehr Bürger zum Umsteigen auf den ÖPNV zu bewegen, wird empfohlen, eine Kampagne für die Verbesserung des Image des ÖPNV zu starten. Für die Entwicklung und Durchführung der Imagekampagne sollte die Beratung durch eine professionelle Werbeagentur in Anspruch genommen werden.

Die Imagekampagne soll mit einem einheitlichen Logo und einem einheitlichen Auftritt eine ÖPNV-Identität für den Westerwaldkreis schaffen.

Elemente der Kampagne können beispielsweise sein:

- Gestaltung eines einheitlichen Logos und Designs als Erkennungsmerkmal des ÖPNV im Westerwaldkreis,
- Plakat-Aktionen der Leuchtturmprojekte,
- Werbung in regionalem Rundfunk und Fernsehen (WW-TV), z.B. durch Vertreter des Landkreises, der Verkehrsunternehmen, prominente Bürger, kompetente Fachleute etc.,
- Werbung auf Bussen,
- Anzeigen und Informationen in VG-Zeitungen,
- Verteilung von Informationen an Haushalte,
- Gestaltung eines Internetauftrittes mit Verlinkung von allen offiziellen Kreis- und Verbandsgemeindeseiten,
- etc.

Finanzierung

Die Einnahmeausfälle der Verkehrsunternehmen aus dem Rückgang der Schülerzahlen werden sich bis zum Jahr 2015 durch höherer Reiseweiten aufgrund einer Zusammenlegung bzw. Schließung einzelner Schulstandorte sowie durch zusätzliche Fahrgäste aus anderen Bevölkerungsgruppen und Steigerungen des Fahrpreises weitestgehend kompensieren, sodass die Eigenwirtschaftlichkeit des ÖPNV-Angebotes voraussichtlich in den nächsten Jahren ohne erhebliche Angebotsreduzierungen erhalten werden kann.

Fazit und Ausblick

Im Rahmen der Teilfortschreibung des Nahverkehrsplanes für den Westerwaldkreis werden Maßnahmen entwickelt, die einer Reduzierung des ÖPNV-Angebotes aufgrund zu erwartender sinkender Schülerzahlen entgegenwirken können.

Die Kreisverwaltung des Westerwaldkreises wird sich an der Initiierung von Leuchtturmprojekten beteiligen, die Rahmenbedingungen schaffen und sie in ihrer Anlaufphase unterstützen. Verantwortung und Durchführung sollen jedoch in der Hand der jeweiligen Gemeinde liegen.

Mit Hilfe der vorgeschlagenen Maßnahmen und mehr Eigenverantwortung für Bürger und Kommunen sollen einerseits Qualitätseinbußen auch als Folge der demographischen Entwicklung zukünftig vermieden und die Eigenwirtschaftlichkeit des ÖPNV im Westerwaldkreis andererseits erhalten werden.